Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12935**

18. Wahlperiode 27.06.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Dr. Frithjof Schmidt, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/10359 –

Für eine Internationalisierungsstrategie von Wissenschaft und Forschung, die Pluralität und Freiheit schützt, Grenzen überwindet und Zusammenhalt stärkt

A. Problem

Die internationale Zusammenarbeit in der Wissenschaft und Forschung gründet auf Mobilität, Weltoffenheit, Vielfalt und Freiheit. Sie schlägt Brücken zwischen Gesellschaften, befördert Pluralismus und Völkerverständigung. Doch in zahlreichen Ländern stehen diese Prinzipien unter Druck, denn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden dort entlassen, mit Arbeitsverboten belegt, bedroht, unter Hausarrest gestellt, inhaftiert oder gar getötet. Zudem schüren in Europa (rechts-)populistische Strömungen wissenschaftsfeindliche Stimmungen, insbesondere gegen die Geschlechterforschung. Hinzu kommt die Brexit-Entscheidung, aufgrund derer das Vereinigte Königreich den europäischen Forschungsraum verlassen wird.

B. Lösung

Um die Internationalisierung der Forschung und Wissenschaft zu stärken, soll die Bundesregierung aufgefordert werden, mit einem Bündel von Maßnahmen ihre Internationalisierungsstrategie zu überarbeiten, gemeinsam mit den Ländern die richtigen Weichen für die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung zu stellen und darauf hinzuwirken, dass mit dem Vereinigten Königreich und der EU u. a. auch zukünftig Forschungskooperationen, Mobilität und Austausch sichergestellt bleiben.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10359 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2017

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Patricia Lips
Vorsitzende

Dr. Claudia Lücking-Michel
Berichterstatterin

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Kai Gehring
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Claudia Lücking-Michel, Dr. Karamba Diaby, Ralph Lenkert und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10359** in seiner 226. Sitzung am 24. März 2017 beraten und dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie dem Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, dass weltweit Forscherinnen und Forscher in vielfältigen Projekten grenzüberschreitend bei der Suche nach neuen Erkenntnissen zusammenarbeiten und dabei Brücken zwischen Gesellschaften geschlagen würden. Die Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung gründe dabei auf Mobilität, Weltoffenheit, Vielfalt und Freiheit der Forschung und wirke friedensstiftend. Doch in zahlreichen Ländern wie beispielsweise der Türkei, China oder Ägypten stünden diese Prinzipien unter Druck, denn dort würden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entlassen, mit Arbeitsverboten belegt, bedroht, unter Hausarrest gestellt, inhaftiert oder gar getötet. Insbesondere Geistes-, Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler seien dahingehend exponiert, jedoch sei letztlich keine Profession vor massiven staatlichen wie nichtstaatlichen Repressionen, Angriffen und Übergriffen sicher. Zudem würden in Europa auch (rechts-)populistische Strömungen wissenschaftsfeindliche Stimmungen schüren, insbesondere gegen die Geschlechterforschung.

Hinzu komme, dass das Vereinigte Königreich aufgrund der Brexit-Entscheidung die EU und damit den europäischen Forschungsraum verlassen werde, wodurch Wissenschaftskooperationen und der umfangreiche Austausch von Studierenden, Lehrenden und Forschenden gefährdet seien.

Zudem führen die Antragsteller an, dass sich globale Herausforderungen nur durch geistige und wissenschaftskulturelle Vielfalt, unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Fragestellungen der Forschenden bewältigt werden könnten. Für die Stärkung der Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung würden zudem enorme Potenziale in der Digitalisierung liegen.

Daher solle die Bundesregierung für Wissenschaftsfreiheit und Mobilität statt für Ausgrenzung einstehen, den Austausch von wissenschaftlichem Personal statt die Abwerbung vorantreiben, den globalen Herausforderungen Vorrang vor ökonomischer Verwertung gewähren und Diversität statt Homogenität fördern.

Vor diesem Hintergrund solle die Bundesregierung ferner aufgefordert werden:

I) ihre Internationalisierungsstrategie so zu überarbeiten, dass die Strategie

1) die Freiheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland als auch in den Staaten befördert, mit denen Deutschland kooperiert;

2) beim wissenschaftlichen Personal auf Austausch statt auf Abwerbung setzt;

3) stärker auf die Erforschung der globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen fokussiert;

4) die Chancen der Digitalisierung nutzt, um den globalen Wissensaustausch zu intensivieren;

5) das BAföG zu einem Instrument für Auslandsphasen während des Studiums für alle Studierenden werden kann, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft;

6) den Mittlerorganisationen wie der Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH) und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) sowie den Studienwerken einen flexiblen Fonds für

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Studierende und Promovierende aus Staaten mit gefährdeter Wissenschaftsfreiheit zur Verfügung stellt;

7) den Mittlerorganisationen und den politischen Stiftungen eine auskömmliche Finanzierung sicherstellt;

8) die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik weiter stärkt, ausbaut und auf aktuelle und künftige Herausforderungen ausrichtet;

II) in Zusammenarbeit mit den Ländern eine allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke einzuführen;

III) darauf hinzuwirken, dass mit dem Vereinigten Königreich und der EU auch zukünftig tragfähige Forschungskooperationen, Mobilität und Austausch von Forschenden und Studierenden sichergestellt bleibt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 29. März 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10359 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 31. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10359 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** und der **Ausschuss Digitale Agenda** haben in ihren Sitzungen am 21. Juni 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/10359 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat u. a. zu dem Antrag am 29. März 2017 ein öffentliches Fachgespräch zu dem Thema „Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung“ durchgeführt. Zu dem Fachgespräch wurden die nachfolgend aufgeführten Sachverständigen eingeladen:

- Dr. Britta Baron, Vice-Provost and Associate Vice-President (International), University of Alberta, Edmonton, Alberta/Canada
- Franziska Broer, Geschäftsführerin der Helmholtz-Gemeinschaft, Berlin
- Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Bonn
- Prof. Dr. Angela Ittel, Vizepräsidentin für Internationales und Lehrkräftebildung der Technischen Universität (TU) Berlin
- Prof. Dr. Dorit Schumann, Vice President for International Affairs German-Jordanian University Amman (GJU), Jordanien
- Prof. Dr. Helmut Schwarz, Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), Bonn
- Prof. Dr. Margret Wintermantel, Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Bonn

Die eingereichten schriftlichen Stellungnahmen wurden als Ausschussdrucksachen 18(18)345 a – g verteilt und auf der Webseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Die Ergebnisse des Fachgesprächs sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen.

Der Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 18/10359 in seiner 99. Sitzung am 21. Juni 2017 in Verbindung mit der Unterrichtung durch die Bundesregierung „Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bildung, Wissenschaft und Forschung“ auf Drucksache 18/11100, den Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Umsetzung der Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation, Ratsdok.-Nr. 13288/16 und den Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Der Europäische Forschungsraum: der richtige Zeitpunkt für Umsetzung und Fortschrittsüberwachung“ beraten.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Bundesregierung** führt ein, dass ihre Internationalisierungsstrategie bei den aktuellen Herausforderungen wie die Digitalisierung, die Globalisierung, die Entstehung neuer internationaler Innovationszentren und die Migrationsbewegungen auf Offenheit, Zusammenarbeit und Vernetzung setze.

Mit ihrer Internationalisierungsstrategie verfolge sie fünf Ziele:

1. den europäischen Forschungsraum weiter ausbauen und voranbringen,
2. die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands mit der Internationalisierung der Spitzencluster zu sichern und auszubauen, die Öffnung der Fachprogramme des BMBF für internationale Partner, der Förderung internationaler Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und der Industrie,
3. Steigerung der internationalen Mobilität von Studierenden,
4. Stärkung der internationalen Kooperation in der Berufsbildung mit der Industrie und Schwellenländern,
5. Förderung und Vernetzung der Forschung durch gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern, um die globalen Herausforderungen wie die Gesundheitsforschung, die Ernährungssicherheit und den Klimawandel anzugehen.

Sie erklärt, dass die Internationalisierung in den nächsten Jahren für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands mitentscheidend sein werde.

Angesichts des Brexits führt die Bundesregierung aus, dass die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich im Rahmen des Erasmus+-Programms sehr intensiv sei. Im Bereich der Beruflichen Bildung seien Deutschland und das Vereinigte Königreich mit Abstand die beliebtesten Zielländer für Auslandsaufenthalte. Deutschland entsende im Bereich der Beruflichen zwischen 36 und 42 Prozent aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mobilitätsprogramm nach Großbritannien. Der Umstand, dass die absolute Zahl der Beruflichen Bildung die Mobilität im Hochschulbereich deutlich übertreffe, verdeutliche noch einmal, wie wichtig die Duale Ausbildung für Deutschland und die Partnerländer sei.

20 Prozent der deutschen Stipendiaten in Großbritannien gehörten zum Bildungspersonal. Auch im Hochschulbereich gehöre das Vereinigte Königreich zu den attraktivsten Austauschzielen Europas. Zudem fänden rund 22 Prozent der Auslandspraktika deutscher Praktikantinnen und Praktikanten in Großbritannien statt, und Deutschland kooperiere stark mit Großbritannien im Hochschulbereich.

Deutschland stelle zurzeit mit rund 5 200 Wissenschaftlern die größte ausländische Gruppe im Vereinigten Königreich. Sie seien voraussichtlich von den sich abzeichnenden rechtlichen Veränderungen betroffen. Ferner gebe es eine Vielzahl informeller Kooperationen sowie eine enge Kooperation im Rahmenprogramm „Horizon 2020“. Deutsche und britische Einrichtungen arbeiteten seit 2014 in 1 343 EU-geförderten Projekten zusammen (13,6 Prozent aller Programme von „Horizon 2020“).

Zu den Folgen des Brexits führt die Bundesregierung aus, dass die britische Regierung ihre konkreten politischen Vorhaben noch nicht detailliert dargestellt hätten. Nach einer Berechnung des europäischen Thinktanks „Bruegel“ fehlten Großbritannien bei einem Austritt rund 1,5 Mrd. Euro an EU-Zuwendungen.

Der Brexit könne auch für die Bereiche „Bildung und Forschung“ zahlreiche nicht-finanzielle Auswirkungen haben. Zum Beispiel seien aufgrund des Wegfalls des Diskriminierungsverbotes Belastungen im Bereich des

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Aufenthaltsrechts, bei den Studiengebühren und den Einstellungsbedingungen denkbar sowie Probleme im Bereich der Freizügigkeit, hinsichtlich des Status der EU-Bürger in Großbritannien oder bei der Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen sowie Qualifikationen.

Großbritannien habe zum Austritt aus der EU ein 77 Seiten umfassendes Weißbuch vorgestellt, jedoch werde nicht erkennbar, in welcher Form Großbritannien nach dem Austritt noch an „Erasmus+“ und „Horizon 2020“ beteiligt sein wolle. Zudem habe Premierministerin May bereits ausdrücklich einen „harten Brexit“ angekündigt.

Von Seiten der Bundesregierung wird ferner ausgeführt, dass es Verhandlungsleitlinien seitens der EU gebe und die Europäische Kommission ein Verhandlungsmandat habe. In der ersten Phase werde ausschließlich über das Austrittabkommen verhandelt. Aus Sicht des BMBF seien dort auch Fragen hinsichtlich des Status von Wissenschaftlern, Studierenden und Auszubildenden, die sich momentan in Großbritannien aufhielten oder in Zukunft aufhalten würden, zu behandeln. Auf Drängen des BMBF seien in das Verhandlungsmandat auch Fragen hinsichtlich der Berufsqualifikationsanerkennung mit aufgenommen worden. Außerdem müsse geklärt werden, wie mit den offenen Zahlungsverpflichtungen des Vereinigten Königreichs umgegangen werde. Nach Klärung dieser Fragen werde dann über das zukünftige Verhältnis Großbritanniens und der EU gesprochen sowie bilateral politische, rechtliche und wirtschaftliche Fragen aufgeworfen. Mit Sicherheit werde der Austritt Großbritanniens auch in der nächsten Legislaturperiode ein wichtiges Thema sein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt zum Brexit, dass hinsichtlich des Austausches von Studierenden, Forscherinnen und Forschern eine Balance gefunden werden müsse, um die Wissenschaftskooperation nicht zu gefährden. Dabei könne sich Großbritannien jedoch nicht nur auf seine Vorteile beschränken.

Zum Thema „Internationalisierung der Wissenschaft“ führt die Antragstellerin aus, dass sie ein wichtiger Antrieb für Mobilität, Austausch, Pluralität und Vielfalt sei. Die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung bewerte sie als wichtig und zum großen Teil auch richtig, jedoch fänden die aktuellen Entwicklungen darin keine ausreichend Beachtung. Vielerorts seien forschende und lehrende Menschen gefährdet, würden entlassen oder verhaftet. In vielen Ländern käme es zu tiefen Einschnitten in der Wissenschaftsfreiheit, rechtspopulistische Strömungen in Europa schürten eine wissenschaftsfeindliche Stimmung mit negativen Auswirkungen auf die internationalen Wissenschaftsbeziehungen. Daher begrüße die Fraktion die Einleitung eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn wegen der Novelle seines Hochschulgesetzes. Zudem würden die amerikanische Abschottungspolitik und die Attacken von Präsident Trump gegen Klima- und Genderforschung und die Sozialwissenschaften die Wissenschaftskooperationen gefährden. Besonders erschreckend sei, dass die Wissenschaftsfreiheit inzwischen auch in Demokratien beschnitten werde.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiere ein intransparentes Wertegerüst der Bundesregierung und das Vermissen eines klaren Eintretens für die Wissenschaftsfreiheit. Sie schlage daher vor, die Strategie der Bundesregierung um vier weitere Punkte zu ergänzen:

Zunächst müsse die Freiheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Studierenden in Deutschland, aber auch in Staaten, mit denen Deutschland kooperiere, gefördert werden. Dazu seien Informationen über Bedrohungslagen systematisch zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren müsse es statt der Abwerbung des wissenschaftlichen Personals einen Austausch und „Brain Circulation“ geben. Dies sei gerade in weniger entwickelten Staaten förderlich, da es dort dann zu einem Kapazitätsaufbau komme.

Drittens fordere die Fraktion, dass auch das BAföG ein Instrument für die Förderung der Internationalisierung unabhängig von der sozialen Herkunft werde müsse.

Zudem fordere die Antragstellerin, flexible Fonds durch die Mittlerorganisationen wie die AvH, den DAAD und die Studierendenwerke zur Verfügung zu stellen, um Studierenden und Promovierenden aus Staaten, in denen die Wissenschaftsfreiheit gefährdet sei, längere Studien- und Forschungsaufenthalte in Deutschland zu ermöglichen. Die Philipp Schwartz-Initiative sei zwar bereits ein guter Ansatz, aber noch nicht ausreichend. Begrüßt werde, dass Afrika aktuell stärker im Fokus stehe, jedoch dürften deshalb andere Regionen nicht vernachlässigt werden. Aktuell sei es zum Beispiel zu einem Stipendienabbau für die palästinensischen Gebiete gekommen. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist darauf hin, dass Touristenvisen türkischer Wissenschaftler, die den Frie-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

densappell unterzeichnet hätten, ausgelaufen seien. Sie sei besorgt, dass sie bei der Rückkehr in die Türkei verhaftet würden. Sie schlage daher vor, zur Lösung solcher Problemlagen unterstützend einen fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag zu stellen.

Im Hinblick auf die Projekte zur transnationalen Bildung führt die Fraktion aus, dass diese abgesichert und weiterentwickelt werden müssten, da sie zur Vermittlung der Wissenschaftsfreiheit beitrügen. Die Wissenschaftsdiplomatie müsste stärker in der auswärtigen deutschen und europäischen Politik eingesetzt werden. Insbesondere Horizon 2020 und die verschiedenen Roadmaps würden dazu beitragen, Grenzen zu überwinden, Neugierde und Weltoffenheit zu fördern sowie den globalen Zusammenhalt zu stärken. Dies müsse auch in der nächsten Wahlperiode fortgesetzt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führt aus, dass das Thema der Internationalisierung vor dem Hintergrund des Brexits, der politischen Entwicklungen in den USA, der Türkei und in Ungarn noch an Bedeutung gewonnen habe. Sie stimme der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, dass Internationalisierung mehr bedeute als der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Spitzenforschung sei nur durch gemeinsame internationale Kooperationsprojekte möglich. Die Lösung bedeutender Zukunftsfragen und die Überwindung von und Ländergrenzen sei nur möglich, wenn man diese auch im Kopf überwinde. Die Wissenschaftskooperation mit Israel habe beispielsweise auch diplomatische Wege geöffnet. Aufgrund der aktuellen Herausforderungen habe eine Internationalisierungsstrategie jedoch auch zunehmend die Aufgabe, verfolgten und bedrohten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland Schutz zu bieten.

Die Fraktion erklärt, dass sie wie die Antragstellerin den Austausch und „Brain Circulation“ statt eine Abwerbung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bevorzuge. Dieses Ziel verfolge aber auch die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung. Sie hebt hervor, dass die Ressourcen und die Qualität der Wissenschaftssysteme in den Partnerländern zu stärken seien.

Die Fraktion der CDU/CSU merkt an, dass die Berufliche Bildung Deutschlands Exportschlager sei, jedoch könne das Modell nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen werden. Lediglich Strukturmuster könnten übernommen und auf Best Practice Beispiele hingewiesen werden. Daneben müsse aber auch die Primär-, Sekundär- und Tertiärbildung mit den Fachhochschulen betrachtet werden, die möglicherweise nicht zu den Entwicklungen der Länder passen würden. Insbesondere das Hochschulsystem sei in den Fokus zu nehmen, um beispielsweise gute Lehrer auszubilden. Wichtig sei, die vielen guten Regierungsansätze im Sinne einer höheren Effektivität noch besser zu koordinieren.

Abschließend erklärt die Fraktion, dass sich der europäische Wissenschafts- und Forschungsraum aufgrund des Brexits momentan großer Herausforderung gegenüber sehe. Sie begrüße, dass die Europäische Kommission nun gute Bedingungen für die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit schaffen und die Rolle der EU in multilateralen Foren und bei internationalen Organisationen stärken wolle und appelliert, die Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung weiter im Blick zu behalten.

Die **Fraktion DIE LINKE**. führt ein, dass internationale Zusammenarbeit in der Forschung für Innovationen unerlässlich sei und der Bericht der Bundesregierung viele wichtige und richtige Aspekte benenne. Jedoch gebe es seitens der Fraktion auch Kritikpunkte. Die internationale Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung biete in Krisen- und Kriegszeiten oftmals die letzte Möglichkeit, um das Gespräch zwischen den gegnerischen Staaten aufrechtzuerhalten. Die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung mache jedoch deutlich, dass Deutschland seinen Schwerpunkt bei der Internationalisierung zu sehr auf Eigeninteressen lege und die klügsten Köpfe nach Deutschland holen wolle, denn Deutschland könne aus eigener Kraft immer seltener die besten Leistungen erbringen. Grund dafür sein die ungenügende Grundfinanzierung des Hochschulsystems.

Als Grund für das Misstrauen von Teilen der amerikanischen Bevölkerung gegenüber der Wissenschaft und Forschung, für die Wahl von Präsident Trump und den Zulauf zur AfD in Deutschland benennt die Linksfraktion die Differenzierung im Bildungssystem, die zur Elitebildung und somit zu einem fehlenden Austausch zwischen der Elite und der Masse der Bevölkerung geführt habe. Dem könne nur mit einer besseren Bildung für alle Schichten und mit der Förderung von Chancengleichheit entgegengewirkt werden.

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert, dass der technischen Bildung, Forschung und Zusammenarbeit in der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung zu große Bedeutung beigemessen werde, denn Technik allein könne keine gesellschaftlichen Probleme lösen. Zwar enthalte der Bericht der Bundesregierung Hinweise auf gesellschaftliche Forschung, jedoch sei die Umsetzung mangelhaft. Sie begrüßt den Ansatz, das Bildungswesen in

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

anderen Ländern zu unterstützen, jedoch könne beispielsweise das deutsche Modell der Dualen Berufsausbildung nicht ohne weiteres in ein anderes Land transferiert werden. Es seien Überlegungen notwendig, wie die Systeme in den entsprechenden Ländern anzupassen seien. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. müssten die Gesellschaftsforschung deutlich gestärkt und die Wissenschaftsfreiheit gefördert werden. Zudem müssten die Grundfinanzierung und Drittmittel aufgestockt werden bei gleichzeitiger Verringerung von Exzellenz- und Projektmitteln, denn Wissenschaftsfreiheit sei nur möglich, wenn die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler frei von finanziellen und perspektivischen Sorgen forschen könnten.

Im Hinblick auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird erklärt, dass die dort enthaltenen Forderungen richtig seien und die Fraktion DIE LINKE. daher den Antrag unterstützen werde.

Die **Fraktion der SPD** führt einleitend aus, dass das deutsche Hochschul- und Wissenschaftssystem von internationalen Kooperationen lebe, Grundlage für eine lebendige Exzellenz sei und die Internationalisierung daher weiter ausgebaut werden müsse. Als wichtige Beispiele und erfolgreiche Projekte nennt sie die Kooperationen mit der German-Jordanian University und der ostafrikanisch-deutschen Hochschule in Kenia.

Aufgrund der Einreiseverbote von Muslimen in die USA sei die Frage, wie die Internationalisierung gestärkt werden könne. Sie sei als ein bedeutender Faktor für die Fluchtursachenbekämpfung und Friedenspolitik zu fördern. Als ein gutes Beispiel sei die Philipp Schwartz-Initiative zu nennen. Vor dem Hintergrund der ansteigenden Zahl der Krisen auf der Welt plädiert die Fraktion der SPD für den Ausbau und die Verstetigung solcher Initiativen. Zudem seien auch die Mittlerorganisationen wie der DAAD oder die AvH wichtig und daher zu stärken. Das Programm „Erasmus+“ fördere die Mobilität von Studierenden und sei daher eine wesentliche Säule der Internationalisierungsstrategie.

Aus Sicht der Fraktion der SPD müsse die Internationalisierungsstrategie auch die Verstärkung der Ressourcen ermöglichen und Teil der Wertschöpfungskette Deutschlands werden. Daher sollte die Strategie weiter ausgebaut werden. Sie sollte aber insbesondere auch die Kapazitätenbildung im Ausland fördern und die Konfliktprävention durch Bildung stärken.

Was die Integration von Geflüchteten in das deutsche Wissenschaftssystem und die Hochschullandschaft angehe, sehe man eine Reihe von Ansätzen, jedoch reichten diese noch nicht aus. Das Potenzial der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits in Deutschland tätig seien, müsse besser analysiert werden.

Nach Ansicht der Fraktion der SPD gebe es auch bei der Integration von Nachhaltigkeitszielen in die Forschung und Entwicklung Verbesserungspotenzial.

Sie erklärt abschließend, dass sie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus den Gründen, die bereits von Seiten des Koalitionspartners aufgeführt worden seien, ablehne.

Die **Bundesregierung** spricht die Rolle der Wissenschaftsfreiheit an. Nach dem Verständnis des BMBF sei die Internationalisierungsstrategie als zentraler Bestandteil der auswärtigen Wissenschaftspolitik zu sehen und wie die Fraktion DIE LINKE. Auch betont habe, dass die Bildung und Wissenschaft oft ein letzter Zugang seien, um Kooperationen zu bilden.

Der Kritik der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Strategie die aktuellen Herausforderungen nicht ausreichend berücksichtige, hält sie entgegen, dass sich die Welt stetig verändere und daher auch die Strategie „lebendig“ sein müsse. Zudem würden von der Bundesregierung auch Länderstrategien entwickelt.

Zu den besorgniserregenden Entwicklungen in Ungarn, der Türkei, Russland und den USA im Bereich der Wissenschaftsfreiheit führt die Bundesregierung aus, dass das BMBF diesbezüglich in engem Kontakt mit dem Auswärtigen Amt und den Mittler- und Forschungsorganisationen stehe. Das BMBF wolle auch mit Schwellenländern und Entwicklungsländern kooperieren und die Schaffung einer wissenschaftlichen Perspektive in diesen Ländern unterstützen.

Zur Flüchtlingssituation wird ausgeführt, dass es dazu bereits eine Vielzahl von Programmen gebe wie „Integra“ und „Welcome - Studierende engagieren sich für Flüchtlinge“ des BMBF, „Leadership for Syria“ vom Auswärtigen Amt und die Philipp-Schwartz-Initiative. Zusätzlich gebe es für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland die Möglichkeit des politischen Asyls, und der Pakt für Forschung und Innovation biete Berufsperspektiven für geflüchtete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Zudem stärke das BMBF die AvH und den DAAD.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Bundesregierung spricht das Thema „Afrika“ an und erklärt, dass mit dem Kapazitätsausbau vor Ort die Bleibeperspektiven gestärkt werden sollen. Das BMBF fördere mit dem Programm „PriMa“ gemeinsame Aktivitäten von Mittelmeer-Anrainerstaaten. (20 Mio. Euro) und ein Gesundheitszentrum und zwei Klimazentren in Subsahara-Afrika mit 50 Mio. Euro. Zudem stärke das BMBF in den jeweiligen Ländern Innovationen sowie die Verwertung von Forschungsergebnissen und unterstütze nationale Berufsbildungssysteme durch Systemberatung und Vorhaben zur Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit afrikanischer Hochschulabsolventen. Auch die Bundeskanzlerin wolle die Anliegen Afrikas auf der G20-Konferenz einbringen.

Der Kritik der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass in den palästinensischen Gebieten Stipendien gekürzt worden seien, werde widersprochen. 2017 hätten sich die Stipendienquoten verändert. Dies hänge aber mit der Häufung der Anträge zusammen. Der DAAD gehe davon aus, dass in den kommenden Jahren mehr Stipendien für Palästinenser vergeben werden könnten.

Des Weiteren wird erklärt, dass das BMBF keine ausgrenzende Fokussierung auf die Technik erkennen könne, sondern es eine Vielzahl von Aktivitäten im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften fördere wie beispielsweise die Maria-Sibylla-Merian-Colleges in Indien, Subsahara-Afrika und Südamerika. Zudem habe das BMBF auch die sozioökonomische Forschung als Begleitforschung im Bereich „Klima und Energie“ etabliert.

Abschließend spricht die Bundesregierung das Thema „USA“ an. Die Entwicklungen dort seien besorgniserregend, insbesondere die Budgetkürzungen in den Bereichen „Klima“ und „Umwelt“ und die Schließung der geisteswissenschaftlichen Fördereinrichtung „National Endowment for the Humanities“. Die Verschärfungen im Bereich des Visa- und Einreiserechts widersprächen dem deutschen Verständnis von Offenheit, wissenschaftlichem Austausch und der Freiheit des Denkens. Trotz allem werde Deutschland auch in Zukunft bei Themen wie „Sicherheit“ und „Pandemien“ mit den USA zusammenarbeiten, denn die USA und Deutschland seien weiterhin wichtige internationale Partner in der der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit.

Berlin, den 21. Juni 2017

Dr. Claudia Lücking-Michel
Berichterstatterin

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Kai Gehring
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.